

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 25.06.2015  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:56 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Strelow, Gregor

#### **SPD-Fraktion**

Brunken, Karola  
Burfeind, Heidrun (bis 18:33 Uhr)  
Götze, Horst  
Meyer, Lina  
Pohlmann, Marianne für Hans-Dieter Haase

#### **CDU-Fraktion**

Kronshagen, Heinrich  
Odinga, Hinrich für Andrea Risius

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Böckmann, Jürgen  
Marsal, Andrea

#### **FDP-Fraktion**

Eilers, Hillgriet

#### **Beratende Mitglieder**

Feier, Frank  
Züchner, Hermann

#### **Verwaltungsvorstand**

Bornemann, Bernd (ab 17:13 Uhr)  
Jahnke, Horst (17:13 Uhr bis 18:53 Uhr)

#### **von der Verwaltung**

Fekken, Okka  
Anders, Thorben  
Jahn, Wolfgang Dr.

#### **Protokollführung**

Lenzion, Daje

#### **Gast**

Haase, Hans-Dieter (ab 18:38 Uhr)

# Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

## Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Strelow** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Strelow** teilt mit, Herr Feier werde unter TOP 7 „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ einen kurzen Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der VHS halten. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, entgegen der Sitzungsordnung unter diesem Tagesordnungspunkt Fragen seitens der Fraktionen zuzulassen.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung am 06.05.2015 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung vom 06.05.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 5** Vorstellung museales Ausstellungskonzept Bunkermuseum  
Vorlage: 16/1781

**Herr Lenselink**, Vorsitzender des Bunkermuseums, berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die aktuelle Lage des Bunkermuseums sowie über die Neugestaltung der Ausstellung. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Strelow** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Frau L. Meyer** fragt, ob das Bunkermuseum über Mitgliedsbeiträge oder über Spenden finanziert würde.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

**Herr Lenselink** erklärt, das Bunkermuseum würde sich hauptsächlich über die Einnahmen aus Eintrittspreisen finanzieren. Durch die Einnahmen aus Spenden könne nicht der gesamte Haushalt finanziert werden.

**Herr Kronshagen** meint, das Bunkermuseum habe in Emden inzwischen einen festen Platz eingenommen. Das neue Konzept sei hervorragend umgesetzt worden. Erfreulich findet er den soeben vorgestellten Themenkatalog, da dieser für Schüler und Jugendliche sehr gut nachvollziehbar sei.

**Herr Lenselink** fügt hinzu, das Bunkermuseum würde sich selbstverständlich über die immer größer werdende Besuchergruppe Kinder und Jugendliche freuen. Von den jährlich etwa 6.000 Besuchern seien momentan ungefähr die Hälfte Kinder und Jugendliche.

**Herr Dr. Uphoff** ergänzt, das Museum würde einen immer wichtigeren Platz einnehmen, da es mittlerweile kaum Zeitzeugen gebe. Die Jugend sei also auf Institutionen angewiesen, die den Krieg, die Atmosphäre und vor allen Dingen das Hintergrundwissen vermitteln können. Im Bunkermuseum würde zum Teil die Deportationsgeschichte der jüdischen Bevölkerung geschildert. Dieser Themenkomplex sei ebenfalls noch weiter ausbaufähig.

**Frau Eilers** meint, das Bunkermuseum würde in Emden immer wichtiger. Die Geschichte des Bunkermuseums müsse weiterhin positiv begleitet werden.

Das Bunkermuseum sei ein Museum von Bürgern für Bürger. Emden sei die erste Stadt gewesen, die ein Bunkermuseum überhaupt in Deutschland etablieren konnte. Auf diese Leistung könnten alle Mitwirkenden stolz sein.

Es sei wichtig, MUSEALOG-Teilnehmer weiterhin zu beteiligen, um in Zukunft eine qualitativ-volle Begleitung durch die Wissenschaft zu gewährleisten. Das neue Konzept sei hervorragend umgesetzt. Aufgrund des erkennbaren „roten Fadens“ in der Ausstellung sei das zu Vermittelnde für die Besucher nun schneller und besser zu erfassen.

Sie hofft, dass das Ehrenamt sowohl von den Bürgern als auch vom Rat weiterhin stark begleitet würde. Der Kauf des Bunkermuseums sei eine ganz wichtige Voraussetzung für die weitere Arbeit.

Die Bunker in Emden würden zum Stadtbild sowie zum Charakter Emdens gehören. Aus diesem Grund sollten die Bunker keinesfalls verborgen werden, da diese eine Bedeutung für das Überleben und das Leben in der Stadt hätten.

**Herr Lenselink** gibt an, im Vorstand des Bunkermuseums sei ein sehr gutes Team. Es würde sehr viel Freude bereiten, das Museum zu betreiben und weiterzuentwickeln. Durch die MUSEALOG-Arbeit sei deutlich geworden, wie einzigartig das Bunkermuseum sowie die Sammlung im Vergleich zu anderen Bunkermuseen sei.

**Frau Fekken** möchte wissen, ob in der Neukonzeption das Thema „Frauen als Opfer und Täterinnen im Nationalsozialismus“ berücksichtigt worden sei. Gerade im Hinblick auf die Zielgruppe Jugendliche sei dieses Thema von großer Bedeutung, da zum Teil junge Mädchen sich vermehrt von dem Rechten Gedankengut angezogen fühlen würden.

**Herr Lenselink** erläutert, im neuen Konzept würden keine gesonderten Gruppen wie Frauen oder Soldaten identifiziert. Die Gesellschaft solle als Gesamtes vorgestellt werden. Selbstverständlich würde in der neuen Ausstellung die Rolle von Frauen als Täterinnen und Opfer berücksichtigt.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

**Herr Strelow** fragt Herrn Lenselink, ob er das neue museale Konzept nochmals dezidierter darstellen könne.

**Herr Lenselink** weist darauf hin, dass am 03. Mai die Neueröffnung dieser Saison gewesen sei. Bei dieser Neueröffnung seien drei Räume vorgestellt worden, die nach dem neuen Konzept inhaltlich und gestalterisch eingerichtet worden seien. Die Besucher würden nun nach ihren ersten Eindrücken und Erfahrungen der drei neugestalteten Räume befragt.

**Herr Züchner** findet es hervorragend, wenn bestimmte Gruppen in der Ausstellung berücksichtigt würden. In diesem Zusammenhang erläutert er, dass ein älterer Freund, der als Flakhelfer im Dienst gewesen sei, im Bunker keinen Schutz und keine Sicherheit gefunden habe, da die Plätze für die Einheimischen reserviert gewesen seien.

**Herr Lenselink** gibt an, in der neuen Ausstellung könne sicherlich berücksichtigt werden, dass viele Menschen in den Bunkern keinen Schutz suchen konnten.

**Herr Odinga** habe festgestellt, dass viele Passanten oftmals nach den Flakstellungen im Deich fragen würden. Einige dieser Flakstellungen seien mit Abbruch eines Teildeiches schon abgebaut worden. Daher regt er an, das Thema beispielsweise mit einer Hinweistafel oder alten Bildern dieser Flakstellungen darzustellen.

**Herr Lenselink** bemerkt, im Stadtarchiv würden sich Unterlagen zur Flakverteidigung befinden. Es sei nicht jede einzelne Stellung verzeichnet, es gebe aber viele Informationen zu diesem Thema.

**Herr Strelow** erinnert an einen Vortrag von Herrn Lenselink vor einigen Jahren im Hotel Upstalsboom über die Geschichte der Emdener Luftverteidigung. Da dieser Vortrag sehr interessant gewesen sei, fragt er, ob dieser Vortrag in der kommenden Saison nochmals im Bunker-museum vorgetragen werden könne.

**Herr Lenselink** teilt mit, er würde einen solchen Vortrag gerne wieder halten. Die Luftverteidigung von Emden sei an der niederländischen Seite der Ems und Dollart angefangen. Dort habe es vier schwere Flakbatterien gegeben. Eine dieser Flakbatterien sei als einzige noch ziemlich gut erhalten geblieben und könne noch als ehemalige Flakbatterie erkennbar sein.

**Herr Strelow** bedankt sich für den Vortrag sowie für die weiteren Ausführungen. Für die weitere Arbeit wünscht er viel Erfolg. Das Bunker-museum leiste hinsichtlich der Aufarbeitung einer der schwersten Zeiten der Stadt Emden eine sehr wichtige Arbeit.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

**TOP 6** Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 15.05.2015  
Vorlage: 16/1778

**Frau Eilers** bittet um Auskunft, wie der derzeitige Stand zum Thema „Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins“ sei. Seit zwei Jahre würden Aktivitäten und Gesprächsrunden der gebildeten Arbeitsgruppe mit Vertretern der Stadt Emden stattfinden.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Herr Dr. Bärenfänger habe davor gewarnt, dass ostfriesische Kulturschätze nicht ausreichend gepflegt und dadurch verlustig werden könnten.

**Herr Dr. Jahn** komme dem Antrag der FDP-Fraktion gerne nach, den Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung über den Sachstand „Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins“ zu informieren.

Die Magazinsituation der regionalen Museen in Ostfriesland sei bekannt. Das Ostfriesische Landesmuseum sei von dieser Situation ebenfalls betroffen. Mit dem Magazin in Borssum sei seit 2000 eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Zuständen in den Vorjahren erreicht worden. Ohne dieses Magazin sei die Neueinrichtung des Ostfriesischen Landesmuseum in den Jahren bis zur Eröffnung 2006 gar nicht möglich gewesen. In den folgenden 15 Jahren sei der Objektbestand in den Bereichen kunst- und kulturgeschichtliche Sammlung, Textil, Möbel sowie beim Lapidarium wesentlich gewachsen. Es bestehe also dringender Handlungsbedarf ein Depot für die Ausstellungsstücke zu finden.

Zwingende Voraussetzung für ein solches Zentralmagazin seien Vorhaltungsräume für Neuzugänge, eine Quarantänestation, Büroräume sowie Räume, in denen Sonderausstellungen vorbereitet werden können. In einem Magazin würden die Sammlungen erfasst, erschlossen und dokumentiert werden sowie die Kernbestände der Museumsaufgaben wahrgenommen.

Es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, an der aktiv Vertreter des Historischen Museums Aurich, des Historischen Museums Leer, des Tee- und Volkskundemuseums in Norden, des Schulmuseums Folmhusen, der Ostfriesischen Landschaft, des Archivs in Aurich sowie des Ostfriesischen Landesmuseums Emden teilnehmen würden. Ein wichtiger Grund für die Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe sei gewesen, mittelfristig dafür Sorge zu tragen, dass die genannten Engpässe in den nächsten Jahren nicht noch größer werden.

Die Firma ModulDepot, spezialisiert auf dem Gebiet der Konzeption für die Entwicklung konservatorischer Depotkonzeptionen für Depot und Archibauten, habe gemeinsam mit der Arbeitsgruppe ein Nutzerbedarfsprogramm entwickelt. Die IST-Situation sei analysiert und die Aufgabenstellung an ein Zentralmagazin für Ostfriesland formuliert worden. Als Beispiel nennt er die Aufbauorganisation, das Funktionsprogramm, den Flächenbedarf, die Anforderung an die Bauweise sowie das Sicherheitskonzept. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe hätten auf Grundlage dieser Konzeption verschiedene Magazine in den Niederlanden und in Nordwestdeutschland besucht. Es habe ein intensiver Erfahrungsaustausch stattgefunden, um ganz konkrete und authentische Erfahrungen vor Ort zu sammeln.

Das Divisionsgebäude der ehemaligen Blücher-Kaserne in Aurich sei als Depot für die Ausstellungsstücke überprüft worden. Vor Ort habe es einen Termin mit Kollegen vom Denkmalschutz gegeben. Bei diesem Termin sei deutlich geworden, dass diese Kaserne dem Denkmalschutz unterliege und daher mit erheblichen Einschränkungen zu rechnen sei. Aus diesem Grund sei dieses Objekt für eine entsprechende Magazinsituation nicht geeignet. Insgesamt würden 5.000 Quadratmeter für die unterschiedlichsten Objekte und Anforderungen der Museen benötigt. Des Weiteren seien die Traglasten der Decken zu gering, keine Raumvergrößerungen und Anpassungen möglich sowie die Fenstersituation nicht änderbar. Das Sicherheitskonzept sei für die Anforderungen an ein Magazin ebenso nur eingeschränkt gegeben. Die Arbeitsgruppe sei sich in der Sitzung am 18.05.2015 einig gewesen, dass der Standort Blücher-Kaserne in Aurich für die geforderten Nutzeranforderungen nicht in Frage komme.

Mittlerweile gebe es auch Vorstellungen für einen Neubau. Die Planungen seien jedoch noch nicht abschließend geklärt. Er hoffe, dass die Konzeption im Herbst 2015 vorgestellt werden könne. Selbstverständlich gebe es nach Fertigstellung eines Konzeptes weitere Gespräche

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

bezüglich der Finanzierung. Die Dringlichkeit der Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins zeige eine Anfrage der FDP-Fraktion an den Niedersächsischen Landtag.

Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass das Ostfriesische Landesmuseum oder die Stadt Emden sich gegen ein Zentralmagazin entschlossen habe. Bei der Ablehnung ginge es konkret um den Standort Blücher-Kaserne in Aurich. Sobald die Konzeption fertig gestellt sei, werde er diese dem Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung vorstellen.

**Herr Strelow** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Kronshagen** möchte wissen, ob über die Kosten und die Finanzierung eines Neubaus diskutiert worden sei.

**Herr Bornemann** erklärt, selbstverständlich würden in dieser Arbeitsgruppe keine finanziellen Zusagen gemacht. Über die Kosten und Finanzierung könne noch keine Auskunft gegeben werden, da zum jetzigen Zeitpunkt keine genauen Konzepte vorliegen würden.

**Frau Pohlmann** begrüßt, dass vor dem Hintergrund der ungeklärten Finanzen das Thema „Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins“ weiterhin diskutiert und geplant würde, um die guten Exponate auch in Zukunft zu erhalten. An den Kosten würden sich sicherlich auch die anderen Museen beteiligen.

**Frau Eilers** meint, zunächst müsse geklärt werden, ob ein Zentralmagazin überhaupt machbar und gewünscht sei.

Bei den Diskussionen komme selbstverständlich die Frage nach den Finanzen auf. Diesbezüglich habe sie im letzten Jahr eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, ob eine finanzielle Beteiligung an diesem Projekt denkbar wäre. In der Beantwortung sei ganz klar verdeutlicht worden, dass keine Mittel für die Errichtung zur Verfügung gestellt würden. Dies sollten sich alle Beteiligten bei den Überlegungen zur Realisierungschance vergegenwärtigen.

Die Aufgabe eines Magazins sei nicht nur die Aufbewahrung, sondern auch die Bewahrung und Sicherung der Exponate, um die wertvollen Kulturgüter zu erhalten. Es sei hervorragend, wenn ein gemeinsamer Ort mit den anderen Museen für diese Lagerung gefunden würde. Die gelagerten Exponate und das Schriftgut sollten ihrer Meinung nach getrennt voneinander betrachtet werden. Es sei eine Pflichtaufgabe die in Emden beheimateten wichtigen Akten und Unterlagen, den Bestand der Bibliothek, den Bestand der alten Kunst sowie das Stadtarchiv zu erhalten. Die Lagerung von Schriftgut könne nicht Gesamtofstfriesisch gelöst werden. Der historischen Bedeutung Emdens würde es gerecht werden, wenn dieses Schriftgut in Emden erhalten bliebe und weiterhin Forschung möglich sei. Diese Thematik müsse vor der weiteren Planung geklärt werden.

Sie bittet, in Zukunft den Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung über den aktuellen Stand zur Einrichtung eines ostfriesischen Zentralmagazins zu informieren.

**Herr Dr. Jahn** macht deutlich, dass das Stadtarchiv von der Einrichtung eines Zentralmagazins nicht betroffen sei. Dies müsse ganz genau unterschieden und separat getrennt werden. Das Zentralmagazin sei hauptsächlich für die Lagerung der ostfriesischen Museumsobjekte gedacht.

Mittelfristig müsse tatsächlich eine Lösung gefunden werden, da das Ostfriesische Landesmuseum schon in der Situation sei, bestimmte Objekte im Sinne einer vernünftigen konservatorischen Behandlung und Lagerung fast gar nicht mehr annehmen zu können.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Aufgrund des demographischen Wandels sei dies gerade in letzter Zeit ein zunehmendes Problem, da immer mehr Objekte angeboten würden.

**Frau Eilers** fragt, ob bereits geprüft worden sei, ob ein Bunker als Lagerungsort der Objekte in Frage kommen würde. Nach ihrer Meinung sei dies aufgrund der Sicherheitsaspekte sehr gut denkbar. Des Weiteren sei die historische Verbindung sehr interessant.

**Herr Dr. Jahn** gibt an, ein Bunker als Lagerort für Museumsobjekte sei nicht geprüft worden, da schwere Objekte in einem Bunker nicht transportiert werden könnten und die entsprechende Technik für Transporte nicht gewährleistet sei.

**Herr Strelow** ist der Ansicht, ein Zentralmagazin sei eine Art Lager. In diesem Lager müssten die Objekte für beispielsweise einen Gabelstapler frei zugänglich und erreichbar sein. Ebenso würden einige Objekte klimatisiert werden müssen. Dies sei in einem Bunker jedoch nicht möglich.

**Herr Dr. Jahn** bestätigt die Aussage von Herrn Strelow. Eine fachgerechte Lagerung sowie ein Zugang zu den Objekten zur Bearbeitung, Erfassung und Dokumentation sei sehr wichtig.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Strelow** erteilt im Hinblick auf die Situation der Volkshochschule Emden Herrn Feier das Wort.

**Herr Feier** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die aktuelle Situation der Volkshochschule Emden sowie über den Konsolidierungsplan vhs 2020. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Er macht das Angebot, den vorgestellten Plan den einzelnen Fraktionen nochmal im Detail vorzustellen und weitere Fragen zu beantworten.

**Herr Strelow** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Odinga** fragt, welche Räume der Volkshochschule an die Stadt Emden zurückgegeben werden könnten.

**Herr Feier** gibt an, die Volkshochschule habe ein Raumvolumen von 360 m<sup>2</sup> für die Auftragsmaßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung zur Verfügung. Diese Räume würden aufgrund des Verlustes dieser Maßnahmen frei und könnten anderweitig genutzt werden. Beispielsweise könnten dort Angebote anderer Einrichtungen oder Kulturinstitutionen untergebracht werden.

**Frau Eilers** bedankt sich für den Vortrag.

Es sei wünschenswert, wenn über die Einführung eines vhs-Newsletters in Zukunft Erfolgsberichte geliefert würden. Dennoch sei sie um das Bildungs- und Kulturangebot insbesondere um die Stadtbücherei in großer Sorge, da diese für Emden außerordentlich wichtig sei.

Das Angebot, die Details den einzelnen Fraktionen nochmals vorzustellen, sei hervorragend. Es sei wichtig, dass das entsprechende Zahlenmaterial allen Fraktionen offen gelegt werde.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Nach ihrer Meinung habe Herr Feier die Misere der Volkshochschule Emden nicht zu verantworten. Herr Feier sei ebenso über das Ausmaß der Probleme überrascht gewesen.

Im Mai 2014 habe sie einen Antrag an die Stadt Emden gestellt, das Thema „Das Selbstverständnis der Volkshochschule Emden e. V.“ auf die Tagesordnung des Ausschusses für Kultur- und Erwachsenenbildung zu setzen. Es sei der Eindruck erweckt worden, die Volkshochschule würde ihren eigenen Grundsätzen nicht gerecht und käme den Zielen von Transparenz und Neutralität nicht nach. Das Zahlenmaterial und weitere Informationen seien nicht vorgelegt worden. Daher habe man keine Möglichkeit gehabt, auf diese Entwicklung einzuwirken. Für das Missmanagement der letzten Jahre müssten nun die Steuerzahler und die Beschäftigten der Volkshochschule büßen.

Am Freitag werde die Musische Akademie in einer Klausursitzung über mögliche Wege, die Musische Akademie weiterzuführen, diskutieren. Dort würde auch das Thema Kooperation mit der Volkshochschule thematisiert. Daher ist sie der Meinung würde die Aussage „Eine Zusammenarbeit mit der Muischen Akademie werde angestrebt.“ den Prozess der Meinungsfindung der Muischen Akademie vorangreifen.

Die vorgestellten Maßnahmen seien gut durchdacht worden, jedoch lediglich mit viel Geld realisierbar.

Daher sollte darüber nachgedacht werden, der Volkshochschule einen Kredit zu gewähren, um das Bildungsangebot weiterhin erhalten zu können. Es sei selbstverständlich, dass die Stadt die Volkshochschule unterstützen müsse. Über die Art der Unterstützung müsse jedoch intensiv diskutiert werden. Daher seien weitere Gespräche in den Fraktionen sowie offene und ehrliche Auskünfte unbedingt erforderlich.

**Herr Jahnke** spricht sich gegen die Vorwürfe der Intransparenz aus. Er erinnert daran, dass in den Jahren 2012 und 2013 quartalsweise im Rat eine Finanzhilfe für die Volkshochschule verabschiedet worden sei. Im Jahre 2012 sei dies ein Betrag von 90.000 € und in 2013 70.000 € gewesen. Seinerzeit habe der damalige Vorstand in Absprache mit dem Vorsitzenden Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet. Teilweise seien hochbezahlte Stellen in der Volkshochschule nicht wiederbesetzt worden. Bedauerlicherweise hätten auch die weiteren Maßnahmen zu keiner Verbesserung der finanziellen Situation der Volkshochschule geführt.

Primärer Grund für dieses Defizit sei der Verlust der Arbeitsamtsmaßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung. Dieser Bereich habe mal einen Umsatz von 2,2 Millionen € ausgemacht und liege inzwischen bei fast null. Des Weiteren habe sich das Land Niedersachsen die letzten 10 Jahre im nicht unerheblichen Maße aus der Bezuschussung der Volkshochschulen zurückgezogen.

Im Jahre 2013 schienen die Maßnahmen zu greifen, da ein positives Ergebnis von 9.000 € erzielt werden konnte. Bis zur Mitte 2014 sei dem Vorstand nicht eröffnet worden, dass es weitere Schwierigkeiten geben würde. So habe der Vorstand angenommen, dass die Volkshochschule kein weiteres Defizit erwirtschaften würde. Am 19.11.2014 sei dem Vorstand eröffnet worden, dass es im Bereich der Kurse nicht zu den prognostizierten Einnahmen gekommen sei und sich die Arbeitsamtsmaßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung in erheblichem Umfang reduziert hätten. Dem Vorstand sei an diesem Tag mitgeteilt worden, dass das Jahr 2014 mit einem Verlust von 58.000 € ende. Auch die Fallzahlen im Bereich Täter-Opfer-Ausgleich seien in einer Größenordnung von 15 – 20.000 € signifikant gesunken.

Er weist darauf hin, dass viele andere Einrichtungen auch aufgrund von Tarifsteigerungen in den letzten Jahren im erheblichen Maße zusätzliche Zuschüsse in Anspruch nehmen mussten.



## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Am 24.02.2015 sei der Vorstand davon in Kenntnis gesetzt worden, dass das Defizit nicht knapp 60.000 € sondern 125.000 € betrage. Diese Tatsache habe den Vorstand alarmiert, in den darauffolgenden Monaten in erheblichem Maße den Konsolidierungsprozess fortzusetzen. Diese Gespräche hätten zu den von Herrn Feier vorgetragenen Maßnahmen geführt. Er macht deutlich, dass die Volkshochschule ohne Ausgleich des Defizites und Anpassung der städtischen Zuschüsse nicht weiter existieren könne. Der städtische Zuschuss für die Volkshochschule sei seit 10 Jahren nahezu konstant gewesen. Für mindestens die nächsten 2 Jahre brauche die Volkshochschule eine Anpassung der Zuschüsse. Er traue der Volkshochschule die Umsetzung dieses Konsolidierungsplans zu und hoffe, dass dieser in der schwierigen Situation greife.

Zum Thema Musische Akademie äußert er, das überhaupt nicht vorgezeichnet sei, dass eine Kooperation oder Zusammenarbeit zustande komme. Die Musische Akademie habe ein strukturelles Defizit in einer Größenordnung von 30. – 50.000 €. Sollte es die Möglichkeit geben, im Verwaltungsbereich zwischen der Volkshochschule und der Musischen Akademie durch Kooperationen bei den Personalkosten zu profitieren, sollte zumindest über diese Zusammenarbeit nachgedacht werden dürfen.

**Herr Strelow** ergänzt, nach dem 24.02. habe sich der Vorstand der Volkshochschule sofort zu einer außerordentlichen Klausurtagung zusammengesetzt, um gemeinsam die vorgestellten Maßnahmen zu erarbeiten.

**Herr Bornemann** entgegnet zur Aussage von Frau Eilers bezüglich einer Kooperation mit der Musischen Akademie, dass Herr Feier wörtlich gesagt habe, er könne sich eine Zusammenarbeit mit der Musischen Akademie vorstellen. Dies greife in keiner Weise einer Entscheidung der Musischen Akademie voraus.

**Herr Züchner** berichtet, vor zwei Jahren habe er im Ausschuss den ehemaligen Leiter der Volkshochschule gefragt, wie das Angebot für Senioren im hohen Alter aussehe. Für die Generation über 75 Jahren habe es kein Angebot gegeben. Daraufhin habe der Ausschuss beiden geraten, ein Gespräch zu dieser Thematik zu führen. Dieses Gespräch habe zwar stattgefunden, sei aber an folgenden Punkten gescheitert.

Zum einen habe die hauptamtlich erbrachte Leistung und die ehrenamtliche Leistung gegenüber gestanden. Des Weiteren arbeite die Volkshochschule mit zeitlich begrenzten Kursen. Die LAB hingegen arbeite in längerfristigen Gruppen. Einige Mitglieder seien mittlerweile 6 Jahre in dieser Gruppe. Die LAB sei eine Selbsthilfeorganisation der älteren Generation. Daher habe diese beschlossen, zukünftig keine Zuschüsse zu beantragen, sondern mit den Mitteln des Mitgliedsbeitrages die Kosten zu decken. Aus diesem Grund habe man den Beitrag entsprechend anpassen müssen, während die Leitung der Kurse ehrenamtlich sei. Der Widerspruch der zwei Methoden sei damals nicht aufzulösen gewesen.

Dennoch bestehe seitens der LAB Interesse Räume der Volkshochschule anzumieten, da die Räumlichkeiten für die Arbeit mittlerweile zu klein geworden seien. Im Augenblick könnten nicht mehr alle Gruppen untergebracht werden.

**Herr Feier** gibt an, in der Vergangenheit habe es Gespräche mit Vertretern der LAB gegeben, Räumlichkeiten in der Volkshochschule anzumieten. Diese Gespräche seien sehr fortgeschritten und vielfältig gewesen. Jedoch habe sich die Gruppe der LAB gegen Räumlichkeiten in der Volkshochschule aufgrund von strukturellen Schwierigkeiten über Öffnungszeiten am Samstag und Sonntag sowie Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Räumen entschieden.

Dennoch stehe er für erneute Gespräche bezüglich dieser Thematik gerne zur Verfügung.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

**Frau Pohlmann** sei überrascht gewesen, als die Zeitungen von einem Defizit in Höhe von 1,2 Millionen € berichtet hätten. Dieser Betrag habe sich glücklicherweise auf 380.000 € relativiert. Dennoch könne sie nicht nachvollziehen, wie dieser Betrag fern jeglicher Realität überhaupt in den Raum gestellt werden konnte. Durch diesen Bericht hätten viele angenommen, die Erwachsenenbildung in Emden sei am Ende. Die Volkshochschule sei jedoch für alle erhaltenswert. Daher sei es hervorragend, dass Herr Feier im öffentlichen Ausschuss die Situation geschildert habe. Es sei nachvollziehbar, dass einige Bereiche geschlossen werden müssen, um sich auf die elementaren Angebote zu konzentrieren.

Zum Thema Personalanpassung möchte sie wissen, wie die Altersstruktur der Dozenten sei, da es keine Kündigungen geben solle.

Sie fragt Herrn Jahnke, ob für die Erhöhung der Zuschüsse der Betrag von 200.000 € für die nächsten zwei Jahre feststehen würde.

Sie bedankt sich bei Herrn Feier für das Angebot, über die Details in den einzelnen Fraktionen zu berichten.

**Herr Feier** schildert, im Bereich der Personalanpassung würden nicht die Dozenten sondern primär die festangestellten Mitarbeiter betrachtet. In diesem Bereich gebe es Alterseintritte in den Ruhestand im Jahre 2018 und im Jahre 2020 sowie in den Jahren 2021 und 2022 aus dem Verwaltungs- und Anmeldebereich. Über die Altersstruktur der Dozenten könne er aufgrund fehlender Daten zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben machen.

**Herr Jahnke** erklärt, die Verwaltungsvorlage werde die beantragte Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 385.000 € sowie die Erhöhung des Zuschusses für die Jahre 2016 und 2017 um jährlich 150.000 € auf Grundlage des Konsolidierungsplanes enthalten. Voraussetzung sei dabei, dass die Volkshochschule eine umfassende Evaluation der Konsolidierungsmaßnahmen und finanziellen Auswirkungen durchführe.

Die von Frau Eilers geäußerte fehlende Transparenz werde dadurch erweckt, da beispielsweise zwei Fraktionen im Vorstand der Volkshochschule nicht beteiligt seien. Nach seiner Meinung sei bei der Filmfest GmbH eine hervorragende Lösung gefunden worden. Es dürfe keine Fraktion ausgeschlossen werden. Er möchte sich dafür einsetzen, dass zumindest alle Fraktionen in ähnlicher Form wie beim Filmfest im Vorstand beteiligt würden. Über die Art und Weise müsse selbstverständlich noch diskutiert werden. Er könne sich vorstellen, dass die Fraktionen ein beratendes Mandat erhalten, um die Vorwürfe der Intransparenz der Volkshochschule zu verhindern.

**Frau Fekken** stellt dar, im Vortrag von Herrn Feier sei als Hauptzielgruppe die Zielgruppe Frauen benannt worden. Die Schließung des Bereichs Berufliche Bildung würde hingegen in erster Linie Frauen betreffen. Vor dem Hintergrund des TOP-Ziels der Stadt Emden die Arbeitslosigkeit zu verringern halte sie die Vorgehensweise für nicht unbedingt sinnvoll. Gerade für Frauen, die nicht im Leistungsbezug stehen würden, sei die Vorhaltung der Angebote im Bereich der Beruflichen Bildung sehr wichtig. Aus diesem Grund stehe die Nennung der Hauptzielgruppe Frauen und die Schließung des Bereichs Berufliche Bildung im Widerspruch.

Aufgrund der Personalanpassung fragt sie, ob die Erweiterung der sprachlichen Bildung durch Personalverschiebung umgesetzt würde.

**Herr Feier** erklärt, auch aufgrund des Verlustes der Arbeitsamtsmaßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung sei dieses Defizit zu verzeichnen. Diese Maßnahmen hätten ein Volumen von über 2 Millionen € ausgemacht. Die vielen Bildungsträger auf dem Emdener berufsbildenden

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Markt seien der Volkshochschule in Ausstattung, Dozenten, Räumen und Medientechnik überlegen, sodass die Einnahmen in diesem Bereich immer geringer würden. Des Weiteren habe es im Bereich der EDV-Kurse sehr hohe Kursausfälle gegeben.

Das Programmangebot im Bereich der Beruflichen Bildung habe eine hohe Anzahl an Fortbildungsangeboten im Bereich der Gesundheitsbildung enthalten. Die Volkshochschule möchte die Berufliche Bildung weiterhin über den Bereich Sprachen transportieren und diesen erweitern.

Die Hauptzielgruppe Frauen werde nicht nur über den Bereich Berufliche Bildung angesprochen. Frauenbildung würde auch im Bereich der politischen Bildung angeboten. Des Weiteren könnten im Bereich der Gesundheitsbildung ganz spezielle Angebote für Frauen durchgeführt werden.

Bundesweit gebe es zwei große Säulen die eine Volkshochschule tragen würden. Dies seien die Bereiche Sprachabteilung und Gesundheitsabteilung. Als Leiter einer solchen Einrichtung müsse man feststellen, welche der Säulen langfristig zur Refinanzierung und zur Strukturierung einer Volkshochschule benötigt würden. Bei der Volkshochschule Emden sehe man die Chancen im Bereich der Sprachen. Daher sei es Ziel, diesen Bereich mittelfristig weiter auszubauen. Insbesondere erwähnt er den Integrations Sprachbereich. Mithilfe der Erweiterung dieses Bereiches könnten kleinere Bereiche wie die Politische Bildung mit finanziert werden.

**Herr Strelow** ergänzt, gerade im Bereich der Beruflichen Bildung sei die Volkshochschule im Gegensatz zu privaten Anbietern teilweise nicht mehr wettbewerbsfähig, da diese eine ganz andere Tarifierung hätten.

**Frau Eilers** merkt an, das Angebot von Herrn Jahnke sei ganz hervorragend. Die Beteiligung aller Fraktionen würde eine Kehrtwende bedeuten und sei ausdrücklich eine Verbesserung zur bisherigen Situation. Diese Forderung habe ihre Fraktion schon vor langer Zeit an die Volkshochschule gerichtet.

**Herr Jahnke** stellt zum Thema Intransparenz heraus, dass der Leiter der Volkshochschule stets im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung anwesend gewesen sei. Somit habe es jederzeit die Möglichkeit gegeben diesem direkt Fragen zu stellen. Des Weiteren seien alle Abschlüsse der Volkshochschule, die durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft worden seien, in der Vergangenheit im Rechnungsprüfungsausschuss unter Einbeziehung des Leiters der Volkshochschule vorgestellt worden.

Nichts desto trotz habe sich die Organisationsstruktur bei der Filmfest GmbH bewährt. Aus diesem Grund sollten alle Fraktionen entsprechend beteiligt werden. Dies sei der einzig richtige Weg. Er hofft, dass gemeinsam eine Lösung gefunden werde.

**Frau Marsal** lobt den Vorschlag von Herrn Jahnke, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorstand der Volkshochschule ein beratendes Mandat erhalten sollten. Von ihrer Fraktion sei die mangelnde Transparenz in der Öffentlichkeit schon häufig dargestellt worden.

Sie bezweifelt, dass trotz Anwesenheit des Leiters der Volkshochschule alle wichtigen Informationen an die Fraktionen weitergeleitet worden seien. Gemeinsam habe man versucht, in den Vorstand der Volkshochschule sowie als Mitglied in den Verein eintreten zu dürfen. Dies sei jedoch verboten und verwehrt worden, sodass der Eindruck einer geschlossenen Gruppe entstanden sei. Eine solche Vorgehensweise habe sie noch nie erlebt. Es müsse überprüft werden, ob das Konzept der Volkshochschule überhaupt noch greife und zeitgemäß sei.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

Sie bedankt sich bei Herrn Feier für sein Angebot in die Fraktionen zu kommen. Sie bittet um Auskunft, wie sich die Anmeldezahlen in den letzten Jahren verändert hätten und welche Kurse gut besucht seien. Ebenso fragt sie, wie sich das Defizit in den letzten Jahren so rasant entwickeln konnte. Diese Entwicklung erscheine von außen betrachtet wie eine plötzliche Welle.

**Herr Bornemann** meint, das Prinzip der Volkshochschule sei nach wie vor zeitgemäß.

Die Anforderungen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die in einem Klageverfahren geendet hätten, hätten in keiner Weise Erfolg gehabt. Vom Gericht sei festgestellt worden, dass die Ansprüche nicht berechtigt gewesen seien. Die Rechtspositionen seien somit sehr deutlich gewesen. Während eines Klageverfahrens könne man ebenso keine andere Position einnehmen. Insofern habe sich die Situation mittlerweile geändert und es könne über die Beteiligung aller Fraktionen nachgedacht werden.

**Herr Kronshagen** bemerkt, die Zeitungsmittelungen hätten seine Fraktion ebenfalls sehr erschrocken.

Er bedankt sich für den Vortrag sowie für die Auskünfte von Herrn Feier. Seine Fraktion habe sich bewusst nicht an den Diskussionen beteiligt, da sie zunächst das Angebot von Herrn Feier annehmen und ihn für weitere Gespräche einladen werden.

Er bestätigt die Aussage von Frau Eilers, dass der Aufsichtsrat der Musischen Akademie sich in der nächsten Woche mit dem Thema Zusammenarbeit mit der Volkshochschule auseinandersetzen werde. Am heutigen Tag werde es keine Äußerung zu diesem Thema geben.

**Herr Haase** schildert, in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender habe er sich in den letzten Tagen sehr intensiv mit der Volkshochschule befassen müssen.

Der Vorwurf der Intransparenz sei nach seiner Meinung völlig unpassend. Er weist nochmals darauf hin, dass viele Diskussionen im Ausschuss zu den Abschlüssen der Volkshochschule stattgefunden hätten. Diese seien immer offen dargelegt worden. Es sei für niemanden absehbar gewesen, dass im Bereich der Beruflichen Bildung der Umsatz von 2 Millionen € auf 50.000 € sinken würde. Die Volkshochschule habe bei Ausschreibungen keine Aufträge mehr bekommen, da diese durch die zentrale Vergabe nicht mehr konkurrenzfähig sei. Insofern sei es tatsächlich eine plötzliche Welle gewesen. Aus diesem Grund müsse der Bereich Berufliche Bildung geschlossen werden. Diese Schließung bedeute jedoch nicht, dass keine berufliche Qualifikation mehr stattfinden könne. Diese Qualifikation finde in eigenen Fachbereichen und Schwerpunktthemen statt.

Aufgrund des Themas Intransparenz sollte das Konzept der Filmfest GmbH als Erfolgsmodell betrachtet werden. Er habe keine Bedenken, wenn alle Fraktionen mit mindestens einem beratenden Mandat beteiligt wären. Dies könne die Transparenz nur steigern. Er äußert den Wunsch, dass die Volkshochschule als gemeinsame Volkshochschule begriffen, verteidigt und geschützt werde.

**Herr Strelow** begrüßt ebenfalls das Angebot von Herrn Feier. Im Rahmen der Transparenz und der Kommunikation weist er den Vorwurf von Frau Eilers des Missmanagements an den Vorstand der Volkshochschule entschieden zurück.

## Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung

TOP 8           Anfragen

### 1. Leitung Kulturbüro

**Frau L. Meyer** bittet darum, in einer nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur- und Erwachsenenbildung das Thema Stellenbesetzung Leitung des Kulturbüros auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bewerber sollten sich in dieser Sitzung dem Ausschuss vorstellen.

**Herr Strelow** merkt an, diese Vorgehensweise sei sehr wünschenswert, da es ebenso um die Stellenbesetzung der Leitung der Nordseehalle sowie des Neuen Theaters gehen würde. Die Besetzung dieser Stellen sei daher sehr wichtig.

**Herr Bornemann** erklärt, die Beteiligung des Ausschusses für Kultur- und Erwachsenenbildung sei selbstverständlich. Eine solche Sitzung solle möglichst vor der Sommerpause stattfinden, da zur Zeit drei Bereiche nicht besetzt seien. Ansonsten könne es zu einer langen Nichtbesetzung dieser Positionen kommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.